

Programmcheck der Parteien



NUTZTIERHALTUNG

Nutztierhalter sind mit steigenden Anforderungen seitens der Gesellschaft und des Lebensmitteleinzelhandels sowie mit ordnungspolitischen Auflagen konfrontiert. Mit welchen Strategien wollen Sie für wirtschaftliche Perspektiven mit Planungssicherheit in der Nutztierhaltung in Deutschland sorgen?



CDU/CSU

Unsere Tierhaltung gehört – im Hinblick auf die Qualität und Sicherheit ihrer Erzeugnisse, die Tierwohlstandards sowie die ressourcenschonende Produktion – zu den besten der Welt. Daran müssen wir festhalten und sie weiter zukunftsfähig aufstellen.

Wir werden Innovationen schnell umsetzen und Investitionen in Tierwohl fördern. Wir werden ein Tierwohlstall-Förderungsgesetz erlassen, emissionsarme Modellställe entwickeln und unsere Landwirte beim Umbau der Nutztierhaltung auf Grundlage der Empfehlungen der Borchert-Kommission unterstützen.

Mit den Ergebnissen der Borchert-Kommission ist mehr Tierschutz zu haben. Damit wird der Umbau möglich. Wir werden das Finanzierungsmodell über staatliche Verträge absichern und den Landwirten Planungssicherheit gewährleisten.

Wir werden die Investitionsbereitschaft in der Landwirtschaft stärken und wollen mit einem Bestandsschutz von 15 Jahren bei neuen Stallbauinvestitionen für Verlässlichkeit und Sicherheit sorgen.



DIE GRÜNEN

Wir GRÜNE wollen einen Umbau der Tierhaltung, der nicht nur auf gesellschaftliche Anforderungen reagiert, sondern es vor allem auch Landwirt*innen ermöglicht, aus dem „Wachse oder weiche“-Hamsterrad auszusteigen. Wir wollen uns national und auch auf EU-Ebene für eine deutliche Anhebung der Tierschutzstandards einsetzen. Damit Tierschutz wirtschaftlich machbar ist, wollen wir die Landwirt*innen unterstützen: durch eine Umbauförderung, die durch einen Tierschutz-Cent auf tierische Produkte finanziert wird, durch faire Preise und durch eine verpflichtende Haltungskennzeichnung für tierische Produkte.





FDP

Wir Freie Demokraten wollen den Umbau der Nutztierhaltung gemeinsam mit den Landwirten mit marktwirtschaftlichen Instrumenten erreichen. Landwirte müssen ganz grundlegend in die Lage versetzt werden, die mit höheren Standards beim Tierwohl verbundenen Mehrkosten über den Markt erwirtschaften zu können. Statt immer weitergehenden ordnungsrechtlichen Auflagen brauchen Landwirte zunächst verlässliche Rahmenbedingungen. Nur so können notwendige Investitionsentscheidungen im Stallum- oder -neubau für mehr Tierwohl langfristig planbar sein. Widersprüche zwischen Tierwohl und Immissionsschutz wollen wir über eine Novelle des Baurechts auflösen. Um die Produktionsbedingungen in der Tierhaltung im gesamten EU-Binnenmarkt mit vielfältigen Warenströmen vergleichbar darzustellen, fordern wir ein europaweit einheitliches, verbindliches Tierwohlkennzeichen.



SPD

Mit importierten Futtermitteln bei uns Tiere zu mästen, deren Ausscheidungen hier zu behalten und das Fleisch als Billigprodukt in den Export zu schicken, ist in der Gesellschaft nicht vermittelbar und für Landwirtinnen und Landwirte auch wirtschaftlich auf Dauer nicht tragbar. Vor allem kann ein derartiges System auch nicht klimaneutral arbeiten. Daher wollen wir die Rückkehr zu regionalen Nährstoffkreisläufen. Wir brauchen eine ehrliche Gesamtbilanz des Einflusses der Landwirtschaft auf das Klima ohne ideologische Scheuklappen, aber mit Blick auf die zukünftigen Generationen, zu denen selbstverständlich auch die nachwachsende Generation der Landwirtinnen und Landwirte gehört, die von ihrer Hände Arbeit gut leben sollen.



AfD

Die Nutztierhaltung ist mit praxisfernen Verschärfungen konfrontiert, die es umgehend abzuschaffen gilt. Um der Landwirtschaft innerhalb der Gesellschaft eine stärkere Stimme zu geben und zugleich zukunftsfähige Lösungen zu erarbeiten, muss auch der Einfluss von Nicht-Landwirten, etwa bei der Zukunftskommission Landwirtschaft, eingeschränkt werden. Gesellschaftliche Forderungen an die Landwirte dürfen nicht überfallartig, quasi über Nacht, wirksam werden, sondern brauchen einen sinnvollen Planungszeitraum von mehreren Jahren, der zudem mit Umstellungsprämien und entsprechenden Förderinstrumenten unterlegt werden muss. Darüber hinaus ist vor jeder gesetzlichen Änderung jeweils die Umsetzbarkeit und die Vereinbarkeit mit geltenden Regelungen und Standards zu prüfen sowie eine Folgenabschätzung vorzunehmen. Eine kurzfristige Politik nach Stimmungslage ist um jeden Preis zu vermeiden.



DIE LINKE

DIE LINKE setzt sich für einen langfristig gesicherten Umbau hin zu einer gesellschaftlich akzeptierten und klimagerechten Tierhaltung ein. Das wird viel Geld kosten, muss aber endlich beginnen. Die bisher profitierenden Verarbeitungs- und Vermarktungskonzerne müssen an den Umbaukosten angemessen beteiligt werden. Gleichzeitig setzt sich DIE LINKE für ein soziales Um- und Ausstiegsprogramm ein, um Nutztierhaltenden die Chance zu geben, rechtzeitig und sozial abgesichert auszusteigen, bevor der Markt sie zur Aufgabe zwingt – und quasi enteignet. Dazu gehören auch Weiterbildungs- und Umschulungsprogramme. Verlorengangenes Vertrauen muss wieder durch konsequentes Handeln, Planungssicherheit und Perspektiven sichergestellt werden. DIE LINKE begrüßt daher die Ergebnisse des Kompetenznetzwerkes Nutztierhaltung und der Zukunftskommission Landwirtschaft und nimmt diese mit in ihre Beratungen auf.